BESCHLUSSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: B 23/0400
132 - Fachbereich Personal			Datum: 21.09.2023
Bearb.:	Boss, Juliane	Tel.: -321	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Hauptausschuss Stadtvertretung	09.10.2023 14.11.2023	Vorberatung Entscheidung

Einführung des Studienganges „Soziale Arbeit“ und Zahlung eines Studienentgelts

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen:

1. Der Studiengang „Soziale Arbeit“ wird zum Ausbildungsstart 2024 eingeführt.
2. Es erfolgt die Zahlung einer außertariflichen Ausbildungs-/Studienvergütung analog zum Studiengang Bachelor of Arts „Public Administration“ für Stadtinspektoranwärter*innen (orientiert an den umliegenden Kommunen, welche ebenfalls diesen dualen Studiengang anbieten).
3. Die arbeitsrechtliche Gestaltung des Ausbildungsverhältnisses erfolgt analog des Tarifvertrages für Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen im öffentlichen Dienst (TVSöD) mit Ausnahme der unter Pkt. 2 beschriebenen Vergütung.

Sachverhalt:

Im Rahmen des bestehenden Fachkräftemangels soll auch die Ausbildung bei der Stadt Norderstedt ausgebaut und um einige Ausbildungsberufe bzw. Studiengänge erweitert werden. Zum Ausbildungsstart 2024 ist beabsichtigt, den Studiengang „Soziale Arbeit“ zu implementieren.

Im Februar 2023 gab es dazu einen Auftakt-Termin mit der Leitung des Jugendamtes, Frau Jungsthöfel, den Fachbereichsleitungen Herrn Lilienthal und Frau Seyer und der Ausbildungsleitung Frau Boss. In diesem Termin wurde besprochen, dass es aufgrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels immer schwieriger wird, die freien Stellen im Jugendamt zu besetzen. Das Jugendamt hat eine sehr hohe Fluktuation, neue Mitarbeiter*innen oft keine konkreten Vorstellungen von den Aufgaben eines Jugendamtes.

Daher möchte das Jugendamt Sozialpädagog*innen im Rahmen eines dualen Studiums ausbilden. So könnten die Studierenden bereits während der Ausbildungszeit an die Stadt Norderstedt gebunden werden und während der Ausbildung erfahren, welche Aufgaben Sozialpädagog*innen in einem Jugendamt ausüben.

Sachbearbeitung	Fachbereichs- leitung	Amtsleitung	mitzeichnendes Amt (bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen: Amt 20)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-----------------	--------------------------	-------------	--	---------------------	---------------------

Nach Prüfung verschiedener Hochschulen in Hamburg und Schleswig-Holstein wurde festgestellt, dass die Duale Hochschule Schleswig-Holstein (DHS) von den Studieninhalten mit den anderen Hochschulen vergleichbar und es das wirtschaftlichste Angebot ist.

Die fachlichen Inhalte des Studienganges an der DHS stimmen mit den Bedarfen des Jugendamtes überein. Zugangsvoraussetzung für den dualen Studiengang „Soziale Arbeit“ ist eine vollständige Fachhochschulreife oder ein Abitur.

Das bereits zugrundeliegende Anforderungsprofil für Auszubildende und Anwärter*innen in den weiteren Ausbildungsberufen wird auch für den dualen Studiengang „Soziale Arbeit“ angewandt.

Da die Arbeit im Jugendamt sehr anspruchsvoll ist, schlägt das Jugendamt eine bereits absolvierte pädagogische Grundausbildung vor.

Um breiten Raum für Bewerbungen zu schaffen, sollen im 1. Auswahlverfahren die Zugangsvoraussetzungen hinsichtlich der pädagogischen Grundausbildung möglichst großzügig angewandt werden. Im weiteren Auswahlverfahren kann die konkrete Eignung durch entsprechende Aufgabenstellungen mit Bezug zum Jugendamtsalltag festgestellt werden. Für die Auswahlentscheidung soll die berufliche Qualifikation als Kriterium dienen, dazu wird eine Reihenfolge für die absolvierten Berufsausbildungen beschrieben. Bei ansonsten gleichwertigen Bewerber*innen soll die Auswahlentscheidung zugunsten der Bewerber*innen mit bevorzugter Ausbildung getroffen werden.

Als geeignet für den dualen Studiengang werden insbesondere angesehen Ausbildungen als:

- Staatlich geprüfte Erzieher*innen
- Heilerziehungspfleger*innen
- Sozialpädagogische Assistent*innen

Als bevorzugt werden dreijährige Ausbildungen aus dem pädagogischen Bereich angesehen.

Nachrangig werden die weiteren pädagogischen Ausbildungen ebenfalls als grundsätzlich geeignete Ausbildungen angesehen. Auch ein Freiwillig Soziales Jahr (FSJ) in einem einschlägigen Bereich soll nachrangig als geeignet angesehen werden.

Aufgrund der Besonderheit des Jugendamtes kommen den sozialen Kompetenzen „Teamfähigkeit“ und „Leistungsbereitschaft“ (hier insbesondere Flexibilität wg. wechselnden Diensten, wechselnden Aufgaben innerhalb des Jugendamtes und nicht planbarer Einsätze) eine besondere Bedeutung zu. Auf diese Aspekte soll bereits in der Ausschreibung hingewiesen werden.

Die Ausschreibung der Ausbildungsplätze soll auf der Homepage der Stadt, den Social-Media-Kanälen der Stadt, berufe-sh und bei der Bundesagentur für Arbeit erfolgen. Das Auswahlverfahren wird über das digitale Bewerbermanagement abgewickelt.

Für den Studiengang gibt es zurzeit keinerlei Regelungen zu einer möglichen Ausbildungsvergütung beziehungsweise einem Studienentgelt. In Anlehnung an andere Kommunen in Schleswig-Holstein wird vorgeschlagen:

1. Zahlung einer außertariflichen Ausbildungs-/Studienvergütung analog zum Studiengang Bachelor of Arts „Public Administration“ für Stadtinspektoranwärter*innen (orientiert an den umliegenden Kommunen, welche ebenfalls diesen dualen Studiengang anbieten)

2. Arbeitsrechtliche Gestaltung des Ausbildungsverhältnisses analog des Tarifvertrages für Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen im öffentlichen Dienst (TVSöD) mit Ausnahme der unter Pkt. 1. beschriebenen Vergütung.

In der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2024/2025 sind Mittel für die Ausbildung / das duale Studium „Soziale Arbeit“ eingeworben worden.